

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 04.10.2023
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Werner Nußbaum

Herr Ortsvorsteher Hans-Peter Wanasek

Herr Ortsvorsteher Johannes Weiß

Ortsvorsteherin

Frau Ortsvorsteherin Anna Zeller-Klein

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

ab 16:22 Uhr.

Herr Stadtrat Paul Schneider

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Karl Miller
 Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld
 Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck
 Herr Stadtrat Gerhard Bucher
 Frau Stadträtin Sigrid Heusel
 Herr Stadtrat Alessandro Lieb
 Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab
 Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker ab 16:30 Uhr.
 Herr Stadtrat Johannes Zengerle

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
 Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis
 Herr Stadtrat Sebastian Fritz
 Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder
 Frau Stadträtin Cynthia Schneider
Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
 Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
 Frau Stadträtin Nadine Molinari
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
 Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele
 Herr Stadtrat Benedikt Disam
 Herr Stadtrat Alexander Hamler ab 17:12 Uhr.

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer
stellvertretender Ortsvorsteher
 Herr stellv. Ortsvorsteher Stefan Struzyna

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel
 Herr Zeno Bouillon
 Herr Geschäftsführer Peter Ernst
 Herr Jonas Grill
 Herr Alexander Groll
 Herr Gerhard Hackner
 Herr Gerd Hägele
 Herr Markus Herrmann
 Herr Markus Hofmann
 Frau Sibylle Klaus
 Herr Helmut Ott
 Herr Michael Schaumann
 Herr Uwe Schubert

Abwesend:**CDU**

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Verabschiedung des ehrenamtlichen stellvertretenden Feuerwehrkommandanten Ludwig Fuchs
- 2** Erweiterung der Zuständigkeiten der Ortschaftsräte
hier: Satzung zur Änderung der Hauptsatzung sowie Erhöhung der den Ortschaften zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
- 3** Rendezvous in Schwäbisch Gmünd – Gartenschaujubiläen 2014/2019
- 4** Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung, Entlastung der Betriebsleiter, Gebührenaussgleich und Mittelübertragung
- 5** Jahresabschluss 2022 der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH
- 6** Jahresabschluss 2022 der Vereinigten Gmünder Wohnungsbaugesellschaft mbH (VGW mbH)
- 7** Jahresabschluss 2022 der Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH
- 8** Hallenbad
- 9** Übernahme des katholischen Kindergartens St. Elisabeth Hardt, Szekesfehervarer Straße 11 in 73525 Schwäbisch Gmünd und Erweiterung durch Umbau / Umgestaltung im Obergeschoss zur Schaffung einer zusätzlichen altersgemischten Gruppe
- 10** Antrag der Stauferschule, den Schulbetrieb ab dem Schuljahr 2024/5 als Ganztagsgrundschule nach § 4a Schulgesetz zu führen
- 11** Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 123 A "Schönblick", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- 12** Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd-Waldstetten 5. Änderung (Schönblick), Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Feststellungsbeschluss
- 13** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 123 A "Schönblick", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Satzungsbeschluss
- 14** Erschließung Baugebiet Waldau-Wasen in Schwäbisch Gmünd-Großdeinbach hier: Bau- und Vergabebeschluss
- 15** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 16** Bekanntgaben
- 16.1** Einhorn-Ampel

17 Anfragen**17.1** Renaturierungsmaßnahme Mühlbach**17.2** Türkisch-islamischer Kulturverein**17.3** Grüne Pfeile

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Er setzt die Tagesordnungspunkte 6 und 8 ab. Ansonsten liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt er Mayor Councillor James Michael Stowe and Mayoress Elaine Stowe aus Barnsley.

zu 1 Verabschiedung des ehrenamtlichen stellvertretenden Feuerwehrkommandanten Ludwig Fuchs

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold verabschiedet Ludwig Fuchs und dankt ihm für die geleistete Arbeit.

Herr Fuchs bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

**zu 2 Erweiterung der Zuständigkeiten der Ortschaftsräte
hier: Satzung zur Änderung der Hauptsatzung sowie Erhöhung der den Ortschaften zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
Vorlage: 119/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (Anlage 1).

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die den Ortschaften zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel für die Verschönerung des Ortsbildes und des bürgerschaftlichen Engagements wie in Anlage 3 aufgeführt im Rahmen der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2024/2025 zu berücksichtigen.
3. Es sollen regelmäßige Sprechstunden für die Ortschaftsräte im Gemeinderat stattfinden.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10

nachrichtlich an Amt:

zu 3 Rendezvous in Schwäbisch Gmünd – Gartenschaujubiläen 2014/2019
Vorlage: 185/2023

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

Herr Bouillon präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Herr Herrmann erläutert, dass es einen blühenden Stadtrundgang geben werde. Es würden Themen sein, die man sowieso mache und die man unter das Gartenschau-Thema stelle. Man werde es aus dem üblichen Budget finanzieren können. Man benötige eine Unterstützung von außen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man die vorhandenen Potenziale nutzen müsse. Man würde Floristen aus Schwäbisch Gmünd, die einen Preis gewonnen hätten und auch Influencer aus der Gegend einbinden, die es mitbewerben würden. Außerdem müsse man auch die Tourismusregion einbeziehen, ebenso die Deutsche Bahn und den ÖPNV beachten. Das Land habe bereits eine Förderung schriftlich zugesagt. Man werde mit dem Pferdemarkt beginnen und das Gartenschaujahr am 13.10.2024 am Schattentheaterplatz abschließen. Er hoffe, dass es für den Handel und die Gastronomie etwas bringe.

Stadtrat Barth/CDU äußert in der Funktion als Vertreter von Pro Gmünd, dass das, was Schwäbisch Gmünd könne, die Gartenschau sei. Es sei eine Marke und sei über die Grenzen Gmünds hinweg bekannt. Alles, was man mache, werde ein Erfolg. Man könne auf viele alte Ressourcen zurückgreifen. Es sei gut, dass man bereits jetzt Ideen entwickelt habe. Wenn man mithalten wolle, dann müsse man mehr machen. Man müsse schauen, dass man sich auf das besinne, was man könne. Dies sei viel Ehrenamt und viel Grün. Davon würden der Handel und die Gastronomie profitieren. Er sehe es sehr positiv und sei der Stadt sehr dankbar.

Herr Morawitz/HGV äußert, dass er sich vor einiger Zeit nicht hätte vorstellen können, so etwas zu tun. Die aktuelle Situation hinterlasse jedoch tiefgreifende Spuren im Handel. Die Gartenschau schlage sich nicht direkt in der Kasse der Händler nieder, aber in der Perspektive in zwei bis drei Jahren schon. Es stärke die Attraktivität der Stadt und mehr. Man werde mit dem HGV einen Antrag stellen, um Fördermittel zu

erhalten für das Gutschein-System, das man an Weihnachten promoten wolle.

Stadträtin Barthle/CDU regt an, nicht nur in der Kernstadt, sondern auch in den Stadtteilen etwas zu machen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es toll wäre, wenn man dies machen könne. Man könne einzelne Ortsteile mitdenken.

Herr Bouillon ergänzt, dass man in den Ortsteilen bereits viel mache, beispielsweise würden hierzu auch die Friedhöfe gehören. Man könne aber auch gerne etwas aus dem laufenden Etat in den Ortsteilen umsetzen.

Herr Herrmann führt aus, dass man auch den Hornberg oder in Straßdorf die Wege der Kunst mit aufgreifen wolle.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man wie mit den Blumen und den Wolken bei den vergangenen Gartenschauen ein Holz-Einhorn gestalten könne. Man habe in der Vergangenheit die Unterstützung von Schreibern erhalten.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass es ein dringendes Anliegen sei, eine Stadt zu beleben. Die Fraktion möchte das tun, was man machen könne. Man müsse schauen, was man für finanzielle Möglichkeiten habe. Aus dem, was man habe, etwas zu machen, werde nicht einfach werden. Gerade in der jetzigen Zeit, wo man in Defizit-Jahre blicke, etwas zu starten, werde schwierig. Er finde die Idee von zukunftsfähigen Innenstädten und Zentren wichtig und dass hier eine Verbindung hergestellt werde. Man müsse auch die grüne Urbanität nochmals diskutieren. Beim Begriff „Rendezvous“ wisse er nicht, ob dies vor allem jüngere Leute anspreche. Man solle den Jugendgemeinderat mit einbinden.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass der Jugendgemeinderat sehr aktiv sei. So sei beispielsweise die Idee des Open-Air-Kinos vom Jugendgemeinderat gekommen. Man müsse schauen, die Dinge zusammenzubekommen.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass man sich viele Gedanken gemacht habe und sich freue, dass es nun erste Ideen gebe. Gartenschauen würden in Schwäbisch Gmünd zu einem Erfolg werden. Dies könne man bestätigen. 2014 und 2019 seien hervorragende Marketing-Jahre gewesen. Man müsse sich aber fragen, ob diese Aktionen auch nachhaltig seien, ein Strohfeuer könne man sich nicht leisten. Daher müsse man sich immer fragen, welche Frequenz es für die Stadt bringe, wenn man diese Ressourcen binde. Bekomme man damit die Aufmerksamkeit und die Einnahmen, die man brauche? Man habe alle Projekte sehr konstruktiv begleitet. Aber heute und zum jetzigen Planungsstand, ohne ein Wort zu Kosten zu formulieren, sei eine Zustimmung schwierig. Man müsse sich über gewisse Einschnitte beim Haushalt unterhalten. Daher müsse man sich sehr genau überlegen, was man machen wolle, es sei das Geld der Bürger dieser Stadt. Das Marketing sei notwendig, man müsse den Handel und kulturelle Events unterstützen. Aktuell sei es jedoch noch zu wenig um zu sagen, dass es möglich sei. Man solle eine Kostenaufstellung und einen -vergleich machen. Die Vorschläge seien sehr verlockend, mit diesen könne man sich anfreunden. Man müsse jedoch auf die Kosten achten.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass der Appetit beim Essen komme. Der Funke werde überspringen und hier habe er keine Bedenken. Schwäbisch Gmünd stehe für das Ehrenamt, habe Ausstrahlung und Kraft.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass er erstaunt über die recht dürftige Vorlage gewesen sei. Man brauche mehr Informationen. Ungeachtet dessen, dass eine Euphorie entfacht werden würde, habe man die Pflicht und die Aufgabe als Gemeinderat zu erfahren, welchen finanziellen Rahmen dies haben werde. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Stadt vor Herausforderungen stehe, v.a. beim Einzelhandel. Man müsse schauen wie man lebenswerte Innenstädte aufrechterhalte und bespiele. Darüber hinaus habe man aber auch Pflichtaufgaben wie den Stadtumbau in Richtung grüne Urbanität und den ÖPNV. Gleichzeitig habe man geringere finanzielle Ressourcen. Er fragt sich, für was das Geld ausgegeben werde. Oberbürgermeister Arnold habe gesagt, dass dies Sowieso-Aufgaben seien. Auf dies habe man sich bereits verständigt. Er erkundigt sich, ob die Baumstandorte der Priorität 2, die noch geprüft werden, im nächsten Jahr umgesetzt werden würden oder ob diese in die Folgejahre verschoben werden würden. Man möchte weitergehende Informationen zum finanziellen Aspekt, aber auch die personellen Ressourcen seien mindestens genauso wichtig. Er erkundigt sich, inwiefern diese gebunden werden würden und inwieweit andere Aufgaben dann hintenanstehen müssten.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man bei Baumpflanzungen einen Baum einfach pflanzen könne oder die Menschen mit einbeziehen und eine Geschichte daraus machen könne. Stadtplanung sei eine emotionale Geschichte. Ohne Emotionen hätte man keine Menschen angezogen, man habe parallel die Schulen saniert und Schulden abgebaut. Man sei bekannt dafür, dass man dies gemacht habe und nicht den Tunnelblick auf einer Sache hatte, dies sei das Erfolgsgeheimnis. Nächstes Jahr würden die Menschen den Zuspruch benötigen. Man solle hier kaufen und nicht im Internet, dies helfe dem Handel am meisten.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen ist begeistert von der Planung und freut sich schon jetzt darauf. Sie regt an, einen Controller zur Überwachung der Kosten einzusetzen. Dann könne man beruhigter sein.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste ist begeistert. Sie regt an, wie die Partnerstadt Bethlehem ein Musikfest über mehrere Tage zu veranstalten.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW ist überzeugt, dass der Return on Invest kommen werde.

Stadtrat Bucher/SPD äußert, dass man mit Rat und Tat zur Seite stehen werde, wie bei den letzten Malen auch. Die Staute der Altersgenossenvereine solle bei der Eröffnungsfeier mit eingebracht werden. Er bittet außerdem um weitere Spenden.

Stadträtin Kircher-Beißwenger/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass das Wappen von Großdeinbach eine Tulpe sei. Sie regt daher an, eine Tulpe für Schwäbisch Gmünd zu kreieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 13, T&M, 67
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung,
Entlastung der Betriebsleiter, Gebührenaussgleich und Mittelübertragung
Vorlage: 175/2023**

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd

Gemäß § 16 Abs. 3 EigBG in der Fassung vom 08.01.1992 in Verbindung mit § 12 EigBVO vom 07.12.1992 wird der Jahresabschluss 2021 wie folgt festgestellt:

	2021
	€
1.1 Bilanzsumme	84.226.705,01
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	79.260.433,01
- das Umlaufvermögen	4.966.272,00
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	174.983,98
- den Gewinnvortrag aus Vorjahren	0,00
- den Jahresgewinn / Jahresverlust (-) des laufenden Jahres	-142.594,66
- die empfangene Ertragszuschüsse	19.379.771,41
- die Rückstellungen	4.032.199,54
- die Verbindlichkeiten	60.782.344,74
1.2 Jahresgewinn / Jahresverlust (-)	-142.594,66

1.2.1	Summe der Erträge	9.067.134,12
1.2.2	Summe der Aufwendungen	-9.209.728,78

2. Gebührenrechtlicher Ausgleich und Verwendung des Jahresüberschusses

- 2.1 Der Jahresfehlbetrag (Jahresverlust) 2021 in Höhe von insgesamt 142.594,66 € setzt sich zusammen aus einer Gebührenunterdeckung bei den Schmutzwassergebühren in Höhe von 396.793,99 € sowie einem Gebührenüberschuss bei den Niederschlagswassergebühren in Höhe von 254.199,33 €.
- 2.2 Die Gebührenüberdeckung 2021 in Höhe von 704.414,25 € (Schmutzwasser: 314.124,31 €, Niederschlagswasser: 390.289,94 €) wird gemäß § 14 Abs.2 Satz 2 KAG auf einen folgenden Kalkulationszeitraum vorgetragen und ist spätestens bis zum Jahr 2026 auszugleichen.

3. Die Betriebsleitung wird für das Jahr 2021 entlastet.

4. Mittelübertragung

Es werden Finanzierungsmittel für Investitionsmaßnahmen im Vermögensplan in Höhe von 6.713.659 € sowie noch offene Kreditermächtigung in Höhe von 7.310.000 € von 2021 nach 2022 übertragen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Jahresabschluss 2022 der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH Vorlage: 164/2023

Protokoll:

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BW Partner geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2022, für den der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird festgestellt.
2. Das Jahresergebnis wird an die beiden Gesellschafter Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH und EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG ausgeschüttet.
3. Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.
4. Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt.

(Anmerkung: Die Befangenheitsvorschriften sind zu beachten)

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke
nachrichtlich an Amt: 20

zu 6 Jahresabschluss 2022 der Vereinigten Gmünder Wohnungsbaugesellschaft mbH (VGW mbH)
Vorlage: 162/2023

Protokoll:

Abgesetzt.

zu 7 Jahresabschluss 2022 der Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH
Vorlage: 165/2023

Protokoll:

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, wie viel Überschuss man habe.

Herr Ernst antwortet, dass es den Bäderbetrieben sehr gut gehe. Man hätte eine Eigenkapitalquote von über 40 Prozent und 6,8 Millionen Euro in der Kapitalrücklage. Dies habe jedoch in Bezug auf den Hallenbad-Neubau nur eine geringe Relevanz.

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich, ob bei dem Fall, dass ein Stadtwerke-Kunde Inhaber einer PV-Anlage sei und den Überschuss in das Netz einspeise mit einer Vergütung von 7ct/KWh und die Stadtwerke dies im gleichen Netz für 48 ct/kwh weiterverkaufen würden, dies als Gewinn verbucht werde.

Herr Ernst verneint dies. Bei den Stadtwerken würde nichts verbucht, nur beim Netzbetreiber. Man könne den Strom nicht weiterverkaufen. Man habe aber vor, Strom direkt zu vermarkten. Dann bekomme der Eigentümer einer PV-Anlage auch mehr Rendite.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob die GmündCOM ein verbundenes Unternehmen sei. Außerdem plane die sdt.net den Breitbandausbau. Er erkundigt sich, welche Beteiligungen dahinterstecken würden.

Herr Ernst antwortet, dass die GmündCom dazu zähle, aber diese habe bisher nie einen Beitrag zum Ergebnis geleistet mit Ausnahmen der Pachterträge für die Leitungen. Man sei zufrieden, wenn GmündCOM den kommunalen Auftrag erfülle und den Glasfaserausbau voranbringe. Bei der TNG, die die sdt.net übernommen habe, sei es ein privatwirtschaftlicher Ausbau, darauf habe man keinen Einfluss. Man müsse sich hier noch überlegen, wie man weiter vorgehe, d.h. ob man aktiv mit der TNG zusammenarbeite oder nicht.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, warum die Gewinnabführung mit dreiviertel zu einem Viertel nicht mit den Beträgen übereinstimme und ob es daher eine andere Grundlage gebe. Er erkundigt sich, ob der Ertrag von 3,7 Mio. Euro bei den Bäderbetrieben das sei, was von den Stadtwerken komme oder ob noch etwas hinzukomme.

Herr Ernst antwortet, dass die ODR eine garantierte Gewinnabführung erhalte. Höhere Gewinne würden auf ein „Merkkonto“ gebucht und man baue den Gewinn in den Folgejahren ab. Zu den 1,8 Mio. Euro gehöre die Steuerschuld dazu, diese werde ebenfalls an die Bäderbetriebe abgeführt. Hier würden die Vorteile des steuerlichen Querverbundes sichtbar werden. So komme der Betrag von 3,8 Mio. Euro zustande, man könne die Verluste der Bäder damit verrechnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH folgenden Anträgen zuzustimmen:

5. Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BW Partner geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2022, für den der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird festgestellt.
6. Der Jahresüberschuss in Höhe von 61.793,98 € wird in die Gewinnrücklage

eingestellt.

7. Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.
8. Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt.

(Anmerkung: Die Befangenheitsvorschriften sind zu beachten)

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke
nachrichtlich an Amt: 20

zu 8 Hallenbad
Vorlage: 179/2023

Protokoll:

Abgesetzt.

zu 9 Übernahme des katholischen Kindergartens St. Elisabeth Hardt, Szekesfeher-
varer Straße 11
in 73525 Schwäbisch Gmünd und Erweiterung durch Umbau / Umgestaltung
im Obergeschoss zur Schaffung einer zusätzlichen altersgemischten Gruppe
Vorlage: 159/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

- 1) Die Katholische Gesamtkirchengemeinde Schwäbisch Gmünd überträgt für die Kita St. Elisabeth die Betriebsträgerschaft an die Stadt Schwäbisch Gmünd. Diese übernimmt ab 1. Januar 2024 den Betrieb des katholischen Kinder- und Familienzentrums St. Elisabeth in Schwäbisch Gmünd, Stadtteil Hardt, Szekesfehervarer Straße 11.

- 2) Das Kinder- und Familienzentrum wird in der bereits bestehenden Angebotsform mit zwei Kindergartengruppen Ü3 mit verlängerten Öffnungszeiten von 6 und 7 Stunden, einer Ganztagesgruppe Ü3 mit einer täglichen Öffnungszeit von 11 Stunden sowie eine Krippengruppe u3 mit verlängerter Öffnungszeit von 7 Stunden weiterbetrieben.
Zusätzlich soll nach Umbauarbeiten im Sommer 2024 um eine weitere altersgemischte Gruppe im 1. OG erweitert werden.
- 3) Der Name der Einrichtung lautet ab 01.01.2024 Kinderhaus Sonnenhügel.
- 4) Die für den Stadtteil Hardt benötigten Plätze werden unter anderem durch den Umbau von Räumen im Obergeschoss des Kinderhauses Sonnenhügel, Szekesfehervarer Straße 11 geschaffen. Der Erweiterung mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von ca. 240.000 Euro wird zugestimmt.
- 5) Der Gemeinderat bewilligt, die für den Betrieb der Kindertageseinrichtung erforderlichen zusätzlichen Personalstellen. Diese Personalstellen werden im Stellenplan 2024/2025 neu geschaffen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 10 Antrag der Stauferschule, den Schulbetrieb ab dem Schuljahr 2024/5 als Ganztagsgrundschule nach § 4a Schulgesetz zu führen
Vorlage: 163/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt Schwäbisch Gmünd stimmt als Schulträgerin dem Antrag der Stauferschule auf Anerkennung als Ganztagsgrundschule im Modell 3x8 nach § 4a SchulG zu. Sie übernimmt die damit verbundene Verpflichtung, an Tagen mit Ganztagsbetrieb für die Ganztagskinder eine Mittagsverpflegung anzubieten und Aufsicht in der Mensa zu gewährleisten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 11 Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 123 A
"Schönblick", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 145/2023**

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass man es in zwei Bereiche trennen könne. Zum einen den sachlichen, zum anderen den technischen Bereich. Weder die Verwaltung noch der Gemeinderat hätten das Projekt ausgebremst, sondern die Vorgaben. Man müsse schauen, dass man bei solchen Projekten schneller sei. Man sei sehr dankbar, dass der Schönblick das Bauvorhaben noch verfolge, obwohl es teurer wurde. Zu den Pflegeplätzen äußert er, dass manche in ihrer Ideologie gefangen seien. Manche würden gerne dem Neubau zustimmen, können es aber nicht. Heute gehe es darum, Pflegeplätze zu schaffen. Wer dafür stimme, schaffe Pflegeplätze. Der, der ablehne, verhindere diese. Die Bürger würden sich danach sehnen, der Ortschaftsrat habe es mit großer Mehrheit beschlossen. Man solle daher zustimmen.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen ist der Auffassung, dass es keine Aussprache mehr gebraucht hätte. Neue Erkenntnisse würden nicht vorliegen. Der Fraktion sei sehr wohl bewusst, dass man immer älter werde und immer mehr Pflegeplätze für Demenzzranke benötige. Man wolle es nicht verhindern, aber man sei die Grünen-Fraktion und habe es gegenüber den Wählern zu vertreten. Einer Waldumwandlung könne man nicht zustimmen. Es gehe um urgrüne DNA, diesem könne man nicht zustimmen. Der Widerspruch habe sich niemals gegen das Projekt gerichtet, immer nur gegen den Standort. Man werde daher bei der Ablehnung bleiben.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass man Pflegeplätze benötige und immer nur der Standort strittig gewesen sei. Die Pläne seien vom Schönblick überarbeitet worden, die Baumfällungen seien reduziert worden. Man könne jetzt entscheiden und werde jetzt entscheiden.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass man nicht nochmal darüber sprechen müsste, die Argumente seien alle ausgesprochen. Stadtrat Bläse habe das Wort „Ideologie“ verwendet. Dies weise er zurück. Es gehe um sachliche Gründe. Man sei nie gegen das Vorhaben gewesen, sondern gegen den Standort. Aus der Vorlage werde deutlich, dass die Entscheidung für den Standort aus wirtschaftlichen Gründen getroffen worden sei und nicht, weil es unmöglich sei. Es sei daher ein um das andere Mal, dass man beobachte, dass ökonomische Gründe die ökologischen schlagen würden. Man müsse erkennen, dass die Ökologie ein wirtschaftlicher Faktor sei. Man könne sagen, dass es Einzelentscheidungen seien, aber hier sei man anderer Ansicht. Man hätte sich gewünscht, dass der Schönblick sich der symbolischen Bedeutung, die damit verbunden sei, bewusst wäre, zumal der Schönblick im Hinblick auf die Ökologie bei Lebensmitteln etc. ein hervorragendes Unternehmen sei. Er könne nicht nachvollziehen, warum der Schönblick die ökologischen Gründe nicht berücksichtigt hätte. Es sei keine Ideologie, sondern es seien sachliche Gründe. Ein anderweitiger Punkt sei, dass der Wald anderweitig aufgeforstet werde. Wenn schon Wald vernichtet werde, dann

hätte man darauf achten müssen, dass es ein Gelände sei, welches nicht als landwirtschaftliche Fläche genutzt werden könne. Wenn man eine Ausgleichsfläche benötige, dann keine Vorbehalt 1-Fläche, da diese das beste sei, was man hätte.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Wald nicht vernichtet, sondern bepflanzt werde. Es sei eine Wiederbepflanzung mit halbhohen Laubbäumen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen äußert, dass der Schönblick das gemacht habe, was gemacht werden musste. Es hätte auch die Möglichkeit gegeben, das Gebäude auf den Parkplatz zu stellen. Aber was wäre daraus dann geworden? Sie sei daher sehr froh, dass man den aktuellen Kompromiss gefunden habe.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass das, was lang währt, endlich gut werde. Ein Pflegeheim sei dringend notwendig, der Bedarf an Pflegeplätzen würde steigen. Daher sei es gut, wenn das Pflegeheim komme. Die Fraktion stimme daher zu.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man ausführlich diskutiert habe. Man respektiere die Meinung von Stadtrat Dr. Benk, diese sei sehr sachlich vorgetragen. Aber er lebe auf einem sehr hohen moralischen Ross. Wenn die Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig sei, habe man ganz andere Probleme.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass es um Menschen gehen würde, die zum Teil nach Heubach fahren müssten. Zum Schönblick könne man zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fahren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (16 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Dem Städtebaulichen Vertrag (Stand 04.07.2023) als Grundlage für den Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 123 A „Schönblick“ in Schwäbisch Gmünd wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

- zu 12** **Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd-Waldstetten 5. Änderung (Schönblick), Gemarkung Schwäbisch Gmünd**
- Feststellungsbeschluss
Vorlage: 161/2023

Protokoll:

Siehe TOP 11.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

- zu 13** **Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 123 A "Schönblick", Gemarkung Schwäbisch Gmünd**
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 166/2023

Protokoll:

Siehe TOP 11.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (16 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 6 dieser Vorlage) beschlossen.
2. Im Textteil zum Bebauungsplan sind folgende Ergänzungen vorzunehmen:
 - a) In Ziff. 2.12 ist die vorgeschriebene Substratstärke von 10cm auf 16cm zu ändern
 - b) In Ziff. 2.4 wird als Bemessungswert für Zisternen 6m^3 statt 3m^3 je 100m^2 befestigte Fläche festgesetzt.

Durch diese Änderungen und Ergänzungen werden die Grundzüge der Planung nicht berührt.

3. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 123 A „Schönblick“ werden entsprechend der Anlage 1 als Satzung beschlossen.

4. Die Begründung mit Umweltbericht wird in der Fassung der Anlage 5 festgestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 14 Erschließung Baugebiet Waldau-Wasen in Schwäbisch Gmünd-Großdeinbach
hier: Bau- und Vergabebeschluss
Vorlage: 171/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

- 1.) Der Vergabe der erforderlichen Bauarbeiten auf Nachmaß an die Firma Georg Eichele GmbH aus Schwäbisch Gmünd, gemäß deren Angebot vom 04.09.2023 für die Erschließung des Baugebiets „Waldau-Wasen“ in Höhe von 397.685,82 € brutto wird zugestimmt.

Die Kosten (brutto) teilen sich hierbei wie folgt auf:

Arbeiten für Stadt Schwäbisch Gmünd	397.685,82 €
davon Anteil Eigenbetrieb Stadtentwässerung ca.	79.082,94 €
davon Anteil Haushalt Stadt incl. Straßenbeleuchtung (ohne Masten und Leuchten)	284.058,93 €
Grundstücksanschlüsse	34.543,95 €

- 2.) Zur Finanzierung der Straßenbauarbeiten (Anteil Haushalt Stadt) werden aus dem Ansatz 2022 bei der Investitionsnummer 5410B57003 „Erschließung Baugebiet Waldau-Wasen“ Mittel in Höhe von bis zu 380.000 € als Ermächtigungsübertragung gemäß §21 Abs.1 GemHVO in das Jahr 2023 übertragen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 15 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 173/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 16 Bekanntgaben

zu 16.1 Einhorn-Ampel

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass man eine Einhorn-Ampel am Bahnhof anbringen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30, 66
nachrichtlich an Amt:

zu 17 Anfragen**zu 17.1 Renaturierungsmaßnahme Mühlbach****Protokoll:**

Stadtrat Dionyssiotis/s.ö.l. erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Renaturierungsmaßnahme Mühlbach.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies beantworten werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 17.2 Türkisch-islamischer Kulturverein**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/s.ö.l. möchte den Umgang mit den Grauen Wölfen im Hinblick auf den Tag der Kulturen hinterfragen. Er erkundigt sich, ob man die Einladung an den Verein aufgrund der neuen Erkenntnisse überdenken wolle. Die Forderungen der MHP würden nicht zu dem passen, was man mit dem Tag der Kulturen bezwecken wolle. Der Landrat sei interviewt worden und habe gewusst, dass der Verein zu den Grauen Wölfen zähle. Er erkundigt sich daher, wie Oberbürgermeister Arnold dies einschätze.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass sich an seiner Einschätzung nichts geändert habe. Er pflege den Dialog und man bleibe dabei.

Ortsvorsteher Zischka äußert, dass ein neuer Player beim Breitbandausbau in den Stadtteilen unterwegs sei. Die Menschen seien nun extrem verunsichert. Die Firma würde mit falschen Behauptungen werben und wolle Kunden akquirieren.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man noch nicht zu einem Ergebnis gekommen sei, man sei mit der Firma in Gesprächen. Vom Geschäftsführer habe man ein Versprechen erhalten, dass diese Art der Akquise aufhöre. Man überlege, ob es funktioniere. Wenn es nicht funktioniere – und hierfür spreche auch Einiges – habe man einen Wettbewerber und dann sehe man weiter. Momentan habe man noch kein Ergebnis.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, ob der türkisch-islamische Kulturverein am Tag der Kulturen teilnehmen werde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies die Entscheidung des türkisch-islamischen Kulturvereins sei. Wenn er teilnehme, müsse er sich auch an die Bedingungen halten.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, ob man im Gespräch mit dem Verein sei. Man solle tiefer einsteigen und Bedingungen stellen. Wenn der Verein es ernst meine, solle er überlegen, ob er Mitglied einer solchen Föderation sein wolle.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es aufnehmen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30, 50

zu 17.3 Grüne Pfeile

Protokoll:

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob die Demontage der grünen Pfeile in der Innenstadt eine Grundsatzentscheidung sei oder ob man diese überdenken könne. Er habe keine Verkehrsgefährdungen erkennen können und er werde sehr oft darauf angesprochen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass er dies nachvollziehen könne. Man habe es im Rahmen einer Verkehrsschau entschieden. Es sei keine grundsätzliche Entscheidung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: